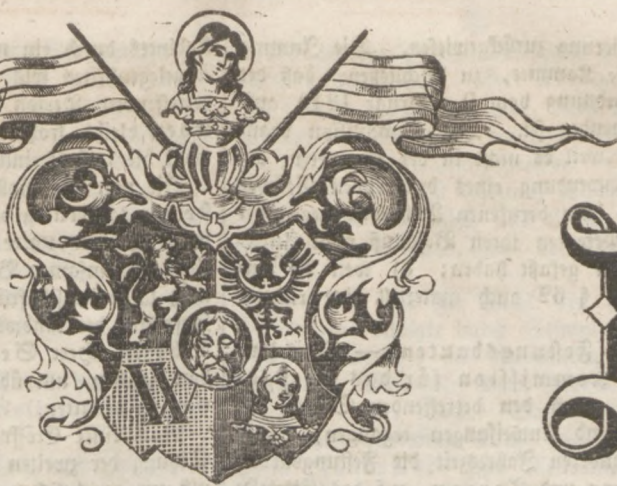


# Breslauer



# Beitung.

Nr. 87.

Freitag den 28. März

1851.

## Telegraphische Nachrichten.

**Paris, 25. März, Abends 8 Uhr.** Die Nationalgarde-Kommission begehrt ein dreijähriges Domizil. Einem Gericht zufolge würde nach Abgang des jetzigen Ministeriums das frühere wieder erneut werden.

**Soult ist erkrankt.** Truppen werden nach Algerien geschickt. Mehrere italienische Flüchtlinge wurden ausgewiesen. Der Prozess des Journals *Republique* ist verschoben. Die Montagne bildet ein Komitee zur Unterstützung der spanischen Demokratie.

Ein großes Feuer hat in der *Rue Rochéhouart* stattgefunden; die *Weyel'sche* Pianoforte-Fabrik ist abgebrannt.

**Paris, 25. März, Nachmittags 5 Uhr.** 3 pSt. 57, 90. SpSt. 94, 25.

**Stettin, 26. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.** Roggen, pr. Frühjahr 30 1/2 bez. u. Geld, pr. Juni 32 bez. — Rüböl 9 1/2, pr. Herbst 10 1/4 bez. — Spiritus 24 3/4, pr. Juni 23 1/2 bez.

**Triest, 26. März, Mittags 12 1/2 Uhr.** Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich wird morgen mit dem f. k. Dampfer „*Balkan*“ nach Venedig abreisen.

**Turin, 23. März.** Man spricht von dem Abschlusse eines neuen Anlehens.

**Rom, 20. März.** Die neuernannte Municipalitäts-Behörde hat bereits mehrere Anordnungen in Betreff von Lokal-Angelegenheiten von untergeordnetem Interesse erlassen.

**Neapel, 16. März.** Die Gräfin von Trapani ist gestern von einer Prinzessin entbunden worden, und sowohl Mutter als Kind befinden sich vollkommen wohl.

**Travnik (in Bosnien), 14. März.** In Jaiza stehen 2500 Insurgenten. Omer Pascha wird in Sinbiffar erwartet, um Jaiza von dort zu bombardiren.

## Uebersicht.

**Breslau, 27. März.** In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer machte der Präsident die Anzeige, daß sich keine Mittheilung der Staatsanwaltschaft über eine gegen den Abgeordneten *Harfort* eingeleitete Verfolgung zugegangen sei. Dann wurde in der Beratung des Gesetzes-Entwurfs, die Artikel 109 betreffend, fortgefahren. Die §§ 4—12 wurden ohne besondere Debatte angenommen. Eine längere Debatte erhob sich aber in Bezug auf die vom Staate auszustellenden Bonds § 13. Am Schlusse derselben wurden die gestellten Amendements verworfen und der von der Kommission gemachte Antrag, welcher dem Staate die Ausstellung von Bonds zugestimmt, angenommen.

Am 26. hielt der Ministerpräsident einen zweifundigen Vortrag bei Sr. Majestät dem Könige zu Berlin. Der Ministerpräsident v. Manteuffel soll, wie mehrfach aus Berlin berichtet wird, Willens sein, das Portefeuille des Auswärtigen niederzulegen, um sich mit größerem Eifer den Präsidialgeschäften widmen zu können. Sollte dies sich verwirklichen, woran die Kreuzzeitung bis jetzt aber noch zweifelt, so bezeichnen man den Grafen *Alvensleben* als den neuen Minister des Auswärtigen.

Der Krankheitszustand des Prinzen *Wilhelm* von Preußen scheint sich der Besserung zuzuneigen.

Es ist Befehl erteilt worden, mit dem Ausbau der Festungen *Posen*, *Königsberg* und *Torgau* sogleich vorzugehen, sobald es nur die Witterung erlaubt. Unser Berliner Korrespondent, welcher dies meldet, beleuchtet kurz die gewaltigen Verteidigungsmittel, welche Russland an der westlichen Grenze entwickelt hat.

Unsere Berliner Korrespondent berichtet über die Beschlüsse der Kommission in Betreff mehrerer slesischer nicht unwichtiger Petitionen.

Der preuß. Bevollmächtigte *Graf Alvensleben* ist am 25. d. M. wieder in Dresden eingetroffen. — Am selben Tage hielt die vierte Kommission (für das Bundesgesetz) wieder eine Sitzung. Der Kaiser von Oesterreich hat dem Könige von Sachsen in einem eigenhändigen Schreiben für die freundliche Aufnahme seiner Truppen gedankt.

Die Regierung von Weimar spricht sich mit Entrüstung über die Veröffentlichung der in der Broschüre „Die Dresdener Konferenz“ enthaltenen Aeußerungen aus, erklärt jedoch, daß kein Grund vorhanden sei, diese Schrift zu verbieten. Es wird offiziell versichert, daß der braunschweigische Bevollmächtigte *Dr. Siebe* nicht der Verfasser dieser Broschüre sei.

Die Verfolgungen gegen die verfassungstreuen Beamten in Kurhessen haben ihren ungehörten weiteren Fortgang.

Die Kammer zu Hannover wollte die Gehalte der Vizepräsidenten der Appellationsgerichte etwas beschneiden. Da sprach am 25. der Ministerpräsident in der ersten Kammer sehr bedeutende Warnungen vor einem solchen Verfahren aus, worauf die Kammer die von der Regierung geforderten Gehalte bewilligte.

Die Zollvereins-Konferenz zu Wiesbaden scheint ein frohliches Ende nehmen zu wollen. Es ist Aussicht auf vollständige Einkung vorhanden.

In Hamburg kursirte das sonderbare Gerücht, daß die dort angeworbenen Truppen nicht nach Brasilien sondern nach Italien, und zwar für Sardinien bestimmt seien. — Auch in Hamburg ist der Andrang der Auswandernden in diesem Jahre sehr groß. — In Hamburg hat zwischen den Nachwächern und österreichischen Soldaten ein kleines Treffen stattgefunden, in welchem die Nachwächter den Kürzeren gezogen haben.

In Holstein ist am Jahrestage der dortigen Erhebung, am 24. März, die Schleswig-holsteinische Armee vollständig aufgelöst worden. Zugleich wurden die nöthigen Anordnungen erlassen, um das holländische „Bundes-Kontingent“, aus drei Bataillonen bestehend, heranzustellen.

Ueber den Zustand, welchen am 22. d. M. *Bauern* in Freiburg in der Schweiz verursachten, theilen wir das Nähere unter dem Artikel „*Bern*“ mit. Der Putsch scheint diesmal wieder von der „Ordnungs-Partei“ ausgegangen zu sein.

Zu Paris ist es von der Bildung eines neuen Kabinetts unter *Dillon Barrot* ganz still geworden, und man glaubt deshalb, daß sich die Unterhandlungen gänzlich zerlegt haben. — Die National-Versammlung ist in Betreff der Interpellation wegen der Aufhebung der Nationalgarde zu Straßburg zur Tagesordnung übergegangen. — Unter dem Artikel „*Epon*“ theilen wir nähere Notizen über die bedenklichen Zustände im Süden von Frankreich mit. Die überhandnehmende Arbeitslosigkeit vermehrt die Schaaeren der Kommunisten mit jedem Tage. — Nächstens werden drei Regimenter nach Italien abgehen, wo die Zustände noch bedenklicher sind.

Zu London ist im Unterhause die Abstimmung über die antipapistische Bill wahrscheinlich noch nicht erfolgt. Dieselbe sollte erst Donnerstag den 27. stattfinden.

## Breslau, 27. März.

Die Neue Preuss. Zeitung ist durch die neuerdings von ihr eingenommene Stellung zu der deutschen Frage und der Dmüß-Dresdener Politik des Hrn. v. Manteuffel in einen Konflikt mit dem letzten gekommen, den sie heute nach ihrer Weise dadurch zu beheben sucht, daß sie die Verantwortlichkeit auch für die Politik des Hrn. v. Manteuffel während und nach der Dmüßer Fahrt auf die Schultern der „*Gothaer*“ wälzt und den Hrn. v. Manteuffel nur als den „*Conférencur* der Partei *Gotha*“ gelten läßt.

Hr. v. Manteuffel hat ganz entschiedenes Unglück mit seinen guten Freunden. Oder sollte es den Retter des Staates, dessen Ruch so hoch gepriesen wird, nicht schmerzhaft berühren, daß seine intimsten Freunde den Eintritt seiner wirklichen Selbstständigkeit immer weiter hinausschieben, daß sie sich durchaus nicht herbeilassen wollen, seine Politik zu vertheidigen, sondern herbei zu thun glauben, wenn sie ihn gegen seine Politik in Schutz nehmen, diese angreifen und ihn als ein schuldloses Werkzeug nur entschuldigen?

Doch wie wollen uns nicht in fremde Freundschaften einbringen und nur die Wahlverwandtschaft zurückweisen, welche die Neue Preuss. Ztg. zwischen der Politik des Hrn. v. Manteuffel und derjenigen, welche sie der „*Partei Gotha*“ imputiren zu dürfen glaubt, entdeckt hat.

Zunächst muß wieder einmal in Erinnerung gebracht werden, daß die preussische Unionspolitik weder eine Schöpfung der Männer ist, welche zu *Gotha* zur Unterstützung der preussischen Bundesstaats-Politik auf der Grundlage der Dreikönigs-Verfassung sich vereinigt, noch der Verlauf dieser Politik und namentlich diejenigen Schritte, welche den allmählichen Untergang des ursprünglichen Bundesstaates und der späteren Union herbeigeführt haben, direkt oder indirekt ihnen zur Last fallen.

Die Partei *Gotha* war die Partei des preussischen Erb-Kaiserthums, die Partei der „*Kleinpreußen*“, die Partei, welche die Annahme der Kaiserkrone wünschte. Ein deutscher Bundesstaat mit Preußen an der Spitze, nicht aber die Erfurter Union, war der prinzipielle Boden dieser Partei. Sie beschloß in der Versammlung zu *Gotha*, die preussische „engere Bundesstaats-Politik“ zu unterstützen, nicht als ob dieselbe ein reines Resultat ihrer Grundzüge gewesen wäre, nicht als ob sie den von dem preussischen November-Ministerium eingeschlagenen Weg für den allein seligmachenden oder auch nur für den besten gehalten hätte, sondern weil ihr Weg zu diesem Bundesstaate durch die Ablehnung der Kaiserkrone abgeschnitten war, weil sie Gewalt zur Durchführung ihres ursprünglichen Planes weder anwenden konnte noch wollte, und weil der Weg, den Preußen einschlagen zu wollen schien, sie dem ursprünglichen Ziele wenigstens näher führen konnte, wenn er konsequent eingehalten wurde.

Die Neue Preuss. Zeitung stempelt den General v. Radowiz zu dem Vater der Politik *Gotha*, weil sie nicht umhin kann, die deutsche Politik Preußens im Wesentlichen auf diesen Mann zurückzuführen und sich nicht begnügt, die Fehler dieses Mannes allein auf seine Schultern zu werfen. Die Partei *Gotha* muß vernichtet werden und darum muß sie den Sündenbock spielen für alle Mißgriffe einer kläglichen Politik, darum darf nichts Schlimmes geschehen ohne sie.

Wie wollen uns hiergegen nicht auf die offiziellen Versicherungen der ehemaligen Deutschen Reform berufen, welche zu wiederholten Malen und noch im Sommer 1850 jeden amtlichen Einfluß des Hrn. v. Radowiz in Abrede stellten und der deutschen Politik des Ministeriums, dessen Mitglied Hr. v. Radowiz nicht, wohl aber Hr. v. Manteuffel war, die vollste Selbstständigkeit vindicirte. Wir wollen gern zugeben, daß Hr. v. Radowiz die Seele dieser Politik war, und den Freunden des Hrn. v. Manteuffel darin Glauben schenken, daß der letztere in dieser Beziehung nur ein unschuldiges Werkzeug abgab.

Wo aber hat jemals Hr. v. Radowiz die Sache der sogenannten *Gothaer* Partei zu seiner eigenen gemacht? Wo und wann hat diese Partei ihn als ihren Chef anerkannt?

Hat nicht das preussische Gouvernement zu jener Zeit, als noch der Einfluß des Hrn. v. Radowiz dominierte, und die Unions-Politik in schönster Blüthe stand, die „*Partei Gotha*“ es deutlich genug gesagt, daß ihre Politik nicht die seine sei? Haben nicht ganz andere und höhere Autoritäten sich zu der Vaterschaft der Radowiz'schen Politik laut bekannt? Hat nicht Herr v. Radowiz überall, wo er stimmte und handelte, gegen die *Gothaer* gestimmt und gehandelt? Hat er nicht in Frankfurt gegen das preussische Erb-Kaiserthum, dem Ideal der *Gothaer* gewirkt und gestimmt? Hat er nicht in Berlin von der Annahme der Kaiserkrone abgerathen und dadurch gerade den Reibungsplan der „*Gothaer*“ unrettbar vereitelt? Hat er nicht auch in Erfurt in der Karabinallage seine Stimme gegen die *Gothaer* abgegeben?

Oder haben etwa die *Gothaer* ihren Widerspruch gegen die Politik des Hrn. v. Radowiz zurückgehalten und ihre Grundsätze mit den seinen heuchlerisch identifizirt? Haben sie nicht in der aufgelösten zweiten Kammer für die Annahme der Kaiserkrone gestimmt? Haben sie nicht ihre Unzufriedenheit mit der schwankenden und grundloslosen Führung der Unions-Angelegenheiten laut genug und in allen ihren Organen bekundet? Haben sie nicht zu Erfurt, als die Politik des Hrn. v. Radowiz

sich offener als bisher zeigte, unzweideutig mit derselben gebrochen? Oder haben sie vielleicht den endlichen Eintritt des Hrn. v. Radowiz in das Ministerium als einen Sieg ihrer Partei gefeiert? Haben sie den Propositionen von *Warschau* ihr Placet ausgedrückt?

Wahrlich, wenn nicht die dreifache Lüge durch dreifache Wiederholungen in unserer Zeit sich einen Anspruch auf Glaubwürdigkeit zu erwerben verstände, es gäbe nichts, was mehr lächerlich wäre, als der Versuch, durch das Medium des Hrn. v. Radowiz die Verantwortlichkeit für die preussische Schankelpolitik von dem Haupte des Hrn. v. Manteuffel auf die Häupter der *Gothaer* abzuwälzen.

Und doch besteht in diesem Kunstgriffe die ganze Vertheidigungskunst der Freunde des Hrn. v. Manteuffel. Und doch ist diese grobe Täuschung die ergiebigste Quelle aller der Unklagen, durch welche die gegenwärtigen Nachbarn für die Fehler ihrer eigenen Politik diejenigen zur Rechenschaft ziehen, welche mit dieser Art von Politik nur, um sie zu bekämpfen, sich befaßt haben!

## Preußen.

### Kammer-Verhandlungen.

#### Zweite Kammer.

Achtundvierzigste Sitzung vom 26. März.

Präsident: Graf Schwerin.

Eröffnung 10 1/4 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Berichts der Kommission über die Verordnung vom 12. November 1850 wegen der Kriegsgeldleistungen und deren Vergütung.

Am Ministerisch die Herren v. Rabe, v. Manteuffel, v. Stockhausen und als Regierungskommissar geh. Kriegsgerichts-Messerschmid.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt. Einige Urlaubsgesuche werden erledigt. Die Abgeordneten v. Ende und v. Schönow haben ihr Mandat niedergelegt.

Der Präsident macht der Kammer Mittheilung von dem Resultat der Wahlen für die Preßgesetzkommission; ferner erklärt er die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, daß das Präsidium aufgefordert sei, bei der Kammer eine Ermächtigung zur Einleitung eines Preßprozesses gegen einen Abgeordneten nachzusuchen, für unbegründet. Die Kammer geht zur Tagesordnung über, und der Berichterstatter erhält noch das Wort zu § 3, da die Diskussion über den letzten Abschnitt dieses Paragraphen bereits in der vorigen Sitzung geschlossen ist, und beantragt die Verwerfung sämtlicher Amendements. Ebenso erklärt sich der Regierungskommissar gegen alle Amendements, da der Kommissionsentwurf bereits soviel als thunlich auf allgemeine Vertheilung der betreffenden Lasten Rücksicht genommen habe, spricht sich indessen für den Fall der Verwerfung des Kommissionsantrages eventuell für das Amendement *Bodenschwing* aus. Die Amendements der Abg. *Richtsfeld*, *Schulenburg* und *Sellern* werden nach einander verworfen, und demnach das Amendement *Bodenschwing* angenommen, welches lautet:

3) Seitens der Gemeinden: die Ueberweisung von disponiblen oder leerstehenden Gebäuden zur Anlage von Magazinen und Lagerhäusern, so wie derjenigen Räumlichkeiten, welche für Wachen, Handwerksstätten und zur Unterbringung von Militär-Einheiten erforderlich sind, so wie die Gewährung freier Plätze und unbesetzter Grundstücke zu Lagern und Wohnstätten, zu den Wohnungen der Truppen und zur Aufstellung der Geschütze und Fahrzeuge.

nachdem auf den Antrag des Abgeord. *Wentrop* beschloffen worden, hinter den Worten „unbesetzter Grundstücke“ einzufügen: „bis zur Zeit der Staatseinstellung“; auf den Antrag des Abgeord. *Nack* erhält der Eingang des § 3 noch nachträglich folgende Fassung: „Die Staatskasse leistet keine Vergütung.“

§ 4 und 5 werden ohne erhebliche Diskussion in der Fassung der Kommission angenommen. Folgender Antrag des Abgeord. *W. Richtsfeld*, gegen den sich der Regierungskommissar erklärt:

Nach § 5 des Kommissions-Berichts einen Paragraphen folgen zu lassen, des Inhalts: Die durch den Kriegszustand verursachten Lebensmittel und Fourage sind von den zur Lieferung verpflichteten Gemeinden bis auf eine Entfernung von vier Meilen, welche, wenn der Abfuhrort jenseits der Kreisstadt liegt, von dieser ab zu berechnen ist, unentgeltlich abzuführen (§ 3, 2). Für größere Entfernungen wird, so weit sie vier Meilen übersteigen, Vergütung geleistet (§ 11), wird verworfen.

Zu § 6 liegen verschiedene Amendements vor, die von den resp. Antragstellern beschieden werden. Der Regierungskommissar spricht sich für die Fassung der Kommission aus. Bei der Abstimmung wurde das erste Alinea des Amendements *Kraß* angenommen, welches lautet:

Die Kammer wolle beschließen, den § 6 des Kommissions-Entwurfs in folgender Fassung anzunehmen: Die Höhe der Vergütung für die nach § 4 und 5 bewirkten Renditeleistungen an Lebensmitteln und Fourage wird nach den Durchschnittspreisen der letzten zehn Friedensjahre — mit Hinweglassung des theuersten und wohlfeilsten Jahres — bestimmt. Dabei werden die Preise in den nach § 2 des Gesetzes vom 19. November 1849 (Gesetz-Sammlung S. 413) festgesetzten Normal-Preisen, für die nach § 2 cit. gebildeten Bezirke und in den Gemeinden, in denen jenes Gesetz nicht zur Ausführung gelangt, für jeden Kreis die Preise in der Kreisstadt zum Grunde gelegt.

nachdem auf den Antrag des Abg. *Ambronn* statt des Gesetzes vom 19. November 1849 das Gesetz vom 2. März 1850 und auf den Antrag des Abg. *Delius* statt der Preise in der Kreisstadt die Preise in dem Hauptmarkorte des Kreises substituiert worden.

§ 7 wird in der Fassung der Kommission angenommen, eben so § 8, nachdem die Abänderungs-Anträge der Abg. v. *Richtsfeld* und *Brämer* verworfen worden. Bei § 9 wird ein Amendement des Abg. v. *Werder* angenommen, das indessen nur eine deutlichere Fassung des zweiten Hauptabsatzes zum Zweck hat. § 10 und 11 werden in der Fassung der Kommission angenommen. Bei § 12 wird folgender Antrag des Abg. *Fock* angenommen:

Die Kammer wolle beschließen:

- 1) Die Uebersicht des § 12 dahin zu fassen: Grundstücke und Gebäude.
- 2) Dem § 12 folgenden Satz vorzuschreiben: Außer den Gebäuden, Räumlichkeiten und Grundstücken, welche die Gemeinden nach § 3 Nr. 3 unentgeltlich herzugeben haben, sind dieselben zur Ueberweisung der sonstigen, für den Kriegszustand erforderlichen Gebäude, Lager-, Wohn- und Lebewohnplätze, so wie der zur Anlage von Wegen erforderlichen Grundstücke und Materialien gegen eine durch Kommissarien festzustellende Vergütung verpflichtet.

§ 13 des Kommissions-Vorschlags lautet:

§ 13. Ueber die nach den §§ 4 bis 12 zu gewährenden Vergütungen stellt der Staat Anerkenntnisse aus, welche vom ersten Tage des auf die Lieferung folgenden Monats mit vier Prozent jährlich verzinst werden. Die festgestellte Vergütung wird treu und gewissenhaft gewährt, und bleibt es den Kreisen resp. Gemeinden überlassen, die Auszahlung unter den Eingekessenen zu bewirken. (Einf. § 4 und § 9 d. V.)

Die Abg. *Kries* und *Beseler* haben Abänderungs-Vorschläge gestellt, deren Verwerfung der Referent beantragt.

Der Abg. *Simson* kommt noch einmal auf den von der Kammer angenommenen Antrag des Abg. v. *Göck* zurück, nach welchem zwar die Dringlichkeit, nicht aber die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung anerkannt worden sei. Er wolle davon abstrahiren, daß die Verordnung retrograder sei, denn die Kammer habe bereits eine Reihe von 12 Paragraphen angenommen, und es bleibe die Frage, was unentgeltlich von den Staatsangehörigen im Falle einer Mobilmachung zu liefern sei, nicht mehr übrig, und es bleibe nur die Frage übrig, den Staatsangehörigen dazu zu ermöglichen, daß er sich wider seinen Willen mit einer Stundung und zwar auf unbestimmte Zeit einverstanden erkläre und wer diese Zeit eigentlich zu bestimmen habe. Den Kammer sei annäherungsweise das Recht gegeben, dem Zustande ein Ende zu machen. Aber die Vergütung solle erfolgen durch vorher festgesetzte Bestimmungen, durch ein zwar verzinsliches, aber nicht fälliges Anerkenntnis.

Es liege zudem in dieser Bestimmung ein Verstoß gegen den Titel 8 und namentlich den Art. 109 der Verfassung. Es sei gar nicht abzusehen, woran denn schließlich durch seine Unterzeichnung die fraglichen Anerkenntnisse zu Staatsschuld-Dokumenten mache. Die Mitwirkung der Hauptverwaltung der Staatsschulden, die nach Art. 10 des Gesetzes über die Staatsschulden vom 17. Januar 1820 erforderlich sei, werde ausgeschlossen. Es beständen zwar Unterschiede zwischen diesen Anerkenntnissen und Staatsschuldscheinen, aber durch diese Unterschiede werde ihr Charakter als Staatsschuldscheine nicht geändert.

Man sage zwar, daß das Recht der Krone, Krieg zu erklären, jede durch die Kammer vorgenommene Untersuchung darüber, ob der Krieg durch die Umstände geboten gewesen sei, ausschließe. Freilich sei der König unverantwortlich, aber die Minister, welche die Kriegserklärung kontrahirten, seien verantwortlich. Und diese Verantwortlichkeit mache eine solche Untersuchung zur Pflicht.

Daß im § 2 die Worte: „resp. Baargahlung“ stehen geblieben seien, thue nichts zur Sache. Es komme darauf an, das Recht der Expropriation auf den Fall der Mobilmachung auszudehnen, das wolle die Kammer, das wolle auch er, aber es dürfe auch nur die Expropriation ausgedehnt werden; zu Wasregeln, wie sie § 13 möglich mache, habe weder die Regierung allein, noch die Regierung mit den Kammern zusammen das Recht, so lange die Verfassung bestehe.

Die Verordnung stehe im Widerspruch mit der Verfassung, aber daß die Regierung sich bei der Emanation derselben dieses Widerspruches bewußt gewesen sei, behaupte er nicht; ebensowenig sei mit der obigen Behauptung gesagt, daß die Beamten, welche die Verordnung ausgefertigt, dies nicht hätten thun dürfen; nach Art. 106 seien sie dazu verpflichtet gewesen. Es sei auch endlich nicht daran zu denken, daß diejenigen, welche die Bonds in Empfang genommen, ihrer Forderung verlustig gehen sollten; das lasse § 23 nicht zu.

Die Abhilfe dieser Widersprüche sei durch zwei Amendements versucht. Das eine derselben, das *Beseler'sche*, erreiche diesen Zweck auf die einfachste Weise. Derselbe gehe dahin, im § 13 den ersten Satz:

Ueber die nach § 4—12 — verzinst werden, zu streichen, und hinter den Worten: die festgestellte Vergütung hinzuzufügen:

(§ 4—12.)

Der Antrag des Abg. v. *Kries* vermeide wenigstens die Verletzung des Tit. 8 der Verfassung, im Uebrigen sei er unklar und habe die übrigen Widersprüche nicht. Eventuell werde er für dasselbe stimmen.

Das Amendement des Abg. v. *Kries* geht nämlich dahin:

den § 13 also zu fassen: Die nach §§ 4—12 festzustellende Vergütung wird treu und gewissenhaft gewährt und bleibt es den Kreisen resp. Gemeinden überlassen, die Auszahlung unter den Eingekessenen zu bewirken. Unter Zustimmung der Kammern kann die Zahlung der Vergütungen in Anerkenntnissen erfolgen, welche vom ersten Tage des auf die Lieferung folgenden Monats mit 4 Prozent jährlich verzinst werden.

Der Finanzminister v. *Rabe*: Die Ansicht, daß in der Ausstellung der Anerkenntnisse die Kontrahierung einer Staatsschuld liege, kann die Regierung nicht theilen, die Anerkenntnisse seien Beschreibungen über die empfangenen Lieferungen, und sichern den Beteiligten die Zinsen sammt den Forderungen. Die Frage, in welcher Art die Forderungen bezahlt werden sollen, darüber haben nachher die Kammern zu bestimmen.

Gegen den Antrag, den ersten Satz des § 13 zu streichen, wäre vom Standpunkte der Regierung aus nichts zu erinnern, da das Sachverhältnis für die Regierung dadurch nicht gemindert werde. (Bravo.) Allein es werde dadurch den Kreisen und denjenigen, welche die Lieferungen abgeben, Abbruch gethan, weil diese auf Grund jener Beschreibungen sich Geldmittel verschaffen könnten, und weil sie mit den Beschreibungen das einfachste Verweismittel über die geschuldeten Lieferungen verlor. (Bravo.) Das Amendement des Abgeordneten v. *Kries* helfe diesem Mangel ebenfalls nicht ab.

Abg. v. *Fock* ist für den Antrag des Abg. v. *Kries*, weil er die Bestimmungen des Gesetzes mit der Verfassung in Uebereinstimmung bringe, ohne der Regierung das Recht und die Möglichkeit der Expropriation zu nehmen.

Der beantragte Schluss wird abgelehnt. Der Abg. *Beseler*: Es sei kein Unterschied zwischen solchen Beschreibungen über empfangene Lieferungen und wirklichen



Schuldscheinen; auch sei die Verzinsung, welche als eine Unterstützung dargestellt worden, als Unterstützung nicht gerechtfertigt, weil keine Hilfsbedürftigkeit vorliege, sie bleibe also eine Verzinsung und folge also eine Schuld voraus. Er bleibe daher bei seinem Antrage.

Der Ministerpräsident: Er könne sich nicht erinnern, daß er die Finsen als eine Armenunterstützung bezeichnet habe; er habe nur erklärt, daß dieselben eine Erleichterung für diejenigen seien, denen durch die Expropriation eine Last auferlegt werde. Wenn man auf die Verzinsung ein so großes Gewicht lege, so seien Finsen kein Kriterium der Schuld, außerdem gebe es auch unverzinsliche Staatsschulden, und die Redner, welche gegen die Verzinsung opponierten, würden gewiß noch mehr gegen eine unverzinsliche Schuld einzuwenden haben. Die fraglichen Bescheinigungen seien keine Schuldscheine, sie seien nur Schriftstücke, welche die Entschädigung derjenigen, welchen die Mobilisation eine Expropriation auferlege, die Entschädigung zuzuführen und Kontrolle.

Der beantragte Schluß wird nochmals verworfen.

Abg. v. Bülow für den Kommissionsantrag; er widerlegt kurz einige Einwände der Gegner.

Der Schluß wird nochmals abgelehnt.

Abg. v. Vincke: Er und seine Partei wolle überhaupt das Kreditwesen vermeiden; die ministeriellen Deduktionen entkräfteten ihren Antrag nicht.

Ein vom Abg. Richsteig eingereichter eventueller Antrag wird ausreichend unterstützt.

Der Schluß wird nochmals abgelehnt.

Abg. v. Bodelschwingh (Hagen): Die Ausstellung solcher verzinslicher Anleihen enthalte keine Staatsschuld. Dafür spreche die Analogie der Schatzkammercheine in England. Seien die Mittel der Regierung ausreichend, so würden die Anleihen mit denselben ausgetauscht, und die Schuld sei nur eine vorübergehende Verwaltungsschuld; im andern Falle werde die Schuld später erst durch die Kammer konstituiert. Er sei aber auch aus einem praktischen Grunde für die Beibehaltung des § 13. Seinen Kommilitonen wenigstens werde es lieber sein, wenn sie Lieferungen leisten müßten, dafür Bescheinigungen und zwar verzinsliche Bescheinigungen erhielten. Diese Bestimmung sei vorzüglich da, um die Parteien des Gesetzes auszugleichen.

Abg. v. Kries verzichtet auf das Wort.

Der Schluß wird endlich angenommen.

Ueber den Antrag des Abg. Beseler wird namentlich abgestimmt.

Mit Ja stimmen u. A.: v. Patow, Pfaffmann, Pochhammer, v. Nitzsch, I. u. II., Nibel, v. Sauter, I. u. II., Schubert, Graf Schwerin, Zellkamp, v. Vincke, Wintler, Beseler, v. Bueghem, Bonstorf, Camphausen, Fiedler, v. Kries.

Mit Nein: Graf Pöhlitz, v. Pöhlitz, Köchig, Reuplin, v. Uechtritz, Graf Willers, v. Arnim (Angermünde), Berndt (Glogau), v. Bernuth, v. Bismarck-Schönhausen, v. Bodelschwingh I. und II., v. Brauchitz, Büchtemann, Graf v. Kanitz, v. Klitz-Regow, Landfermann, Linhoff, und die Staats-Minister.

Der Antrag des Abg. Beseler wird mit 140 gegen 123 Stimmen abgelehnt.

Für die Abstimmung über das Amendement des Abg. v. Kries findet ebenfalls Namensaufzählung statt, und wird dasselbe gleichfalls mit 134 gegen 134 verworfen.

Ein Amendement Eckstein, welches die Verzinsung streicht, wird, ebenfalls unter Namensaufzählung, mit 136 gegen 117 abgelehnt, und endlich in derselben Abstimmungsform der Antrag der Kommission mit 146 gegen 99 genehmigt. (Schluß 3 1/2 Uhr.)

**Berlin, 26. März.** Se. Majestät der König haben geist. K. Kaiser. Hoheit dem Erzherzog Leopold von Oesterreich den schwarzen Adlerorden zu verleihen.

Se. Majestät der König haben allernachst geruht, den Regierungs-Minister v. Winter zum Landrath, und den bei der Hauptbank angestellten geheimen Registrator Thomas Püsch zum Kammerath zu ernennen; sowie den Bergamts-Justiziar-Kandidaten zu Larnowitz, v. Göge zu Waldenburg, Weiß zu Eichen und von der Werken zu Bochum den Raths-Charakter als Bergath zu verleihen.

Am gestrigen Abend trat bei Se. königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm von Preußen ein wiederholter Anfall von Brustkrampf ein, der mit großer Heftigkeit bis in die zweite Morgenstunde andauerte. Danach mehrstündiger ruhiger Schlaf. Die katabolischen Erscheinungen und die Athmungsbeschwerden unterlägen der gleichen wie gestern.

Berlin, den 26. März, Vormittags 9 1/2 Uhr. (gez.) Dr. Schönlein. Ein am 11. März d. d. Königl. Hoheit dem Prinzen Wilhelm von Preußen gerichteter Brief hat bis zu diesem Augenblicke durch preussische Briefträger keine vollständige Entzifferung der Lustwege herbeigeführt, aber dem hohen Kranken eine sehr bedeutende Erleichterung und große Ruhe verschafft, so daß die Befürchtung der Wiederkehr des Brustkrampfes gegen Abend sich mindert. — Berlin, den 26. März, 1851, 2 Uhr Nachmittags. (gez.) Dr. Schönlein.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der dritten Klasse 103ter Königl. Klassen-Lotterie fielen 2 Gewinne zu 1000 Rthl. auf Nr. 4102 und 77,016; 2 Gewinne zu 300 Rthl. auf Nr. 37,745 und 60,102; 3 Gewinne zu 200 Rthl. auf Nr. 4,526, 8495 und 34,264; 28 Gewinne zu 100 Rthl. auf Nr. 9,042, 17,181, 17,204, 28,413, 39,842, 41,316 und 48,406.

**§§ Berlin, 26. März.** [Petitionen aus Schlesien.] Die Petition des Magistrats und der Stadtverordneten von Breslau, wegen einstweiliger Suspension des Gesetzes vom 11. März 1850, ist nun auch von der Gemeinde-Kommission der zweiten Kammer begutachtet worden. Die Kommission erachtet den Antrag nicht für begründet. In dem betreffenden Gutachten wird gesagt, daß die von den Petenten aufgestellten Bedenken bereits bei Beratung des Gesetzes in der vorigen Session der Kammern erörtert, aber als unbeschädigt ohne Berücksichtigung gelassen seien und daß seitdem die Praxis keine Resultate ergeben habe, welche dieselben gerechtfertigen erscheinen lasse. Die größeren Städte, heißt es weiter, in welchen die Polizei von königlichen Behörden verwaltet werde, seien keineswegs in einer anderen rechtlichen Lage, als die kleineren Gemeinden. Der Gemeindevorstand in letzteren sei nicht als solcher die Polizei aus, sondern lediglich im Namen und Auftrage der Staatsregierung. Er fungire daher bei etwaiger Verwendung der bewaffneten Gemeindevorstände nicht als Gemeindevorstand, sondern als königliche Behörde, und das Verhältniß sei mithin rechtlich kein anderes, als in den größeren Städten. Aus diesen Gründen beantragt die Kommission, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. — Aus dem Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über verschiedene Petitionen heben wir folgende, Ihre Provinz speziell betreffende Punkte hervor. Der Gewerberat Hr. Reiffe und Ziegenhals beantragte die Öffentlichkeit für seine Sitzungen. Die Kommission trägt auf Tagesordnung an. Ebenso beantragt die Kommission die Tagesordnung in Betreff einer Petition des Gewerberaths zu Reiffe, welche verlangt, daß auch der Detailhandel ordnungsmäßig erlernt werden soll und daß den Detailisten gestattet werde, Innungen zu bilden. — Die Mitglieder der Schloßmeister-Innung zu Dresden hatten in einer am 29. Dezember 1850 ohne Reiffen abgehaltenen Sitzung den Beschluß gefaßt, die Prüfungsgebühren zwar beizubehalten, den Innungsbeiträgen aber, als mittelbaren Staatsbeamten, keinen Antheil an den Ueberschüssen jener Gebühren einzuräumen, die den übrigen Prüfungs-Kommissionen zuständigen Behörden dagegen zu Innungsbeiträgen fließen zu lassen. Der Magistrat zu Dresden bestatigte diesen Beschluß nicht und ein dringliches Rekursgesuch der

Innung ward von der Regierung zurückgewiesen. Die Innung richtet nun die Bitte an die Kammer, zu beschließen, daß der Inhalt des § 62 der Verordnung vom 9. Februar 1849 aufrecht zu erhalten und anzuwenden sei. Die Kommission beantragt die Tagesordnung: 1) weil es nicht in der Kompetenz der Kammer liege, über die Anwendung eines bestehenden Gesetzes auf den einzelnen Fall der dazu berufenen Behörden gegenüber zu befinden; 2) weil die Petenten ihren Beschluß ohne Zuziehung eines Kommunalbeamten gefaßt haben; 3) weil die Ansicht der Petenten über den § 62 auch materiell eine richtige nicht sei.

**Berlin, 26. März.** [Festungsbauten.] — Das Untererichtsgesetz. — Die Kommission für das Pressegesetz. Es sind von hier aus nach den betreffenden Stellen hin die entsprechenden Befehle und Anweisungen ergangen, damit namentlich mit Eintritt der milderen Jahreszeit die Festungsarbeiten in Posen, Königsberg und Torgau auf das Eifrigste wieder aufgenommen und möglichst schnell gefördert werden. Die Central-Budget-Kommission hatte zwar eine möglichst Beschränkung dieser Bauten in diesem Jahre vorgeschlagen und deshalb 150,000 Rthl. von dem hierfür ausgefakten Etat gestrichen, indem sie namentlich den Bau des Forts Zinna bei Torgau nicht für notwendig erachtete, die Kammer hat aber die ganzen von der Regierung verlangten Gelder unverzüglich bewilligt, so daß schnell vorgeschritten werden kann. Es wird nicht unzeitig sein, namentlich mit Bezug auf die beiden Bauten von Posen und Königsberg, daran zu erinnern, mit welcher energischen Thätigkeit Rußland, während der letzten Jahre, seine ganze strategische Front ausgebaut und seine unermesslichen materiellen Streitkräfte, die einst hinter dem Dniepr und der Duna zerstreut waren, den preussischen und deutschen Grenzen bis auf einige Tagemäße genähert hat. Die ungeheure Festung Modlin, deren Wichtigkeit Napoleon sofort erkannte und die er den wichtigsten militärischen Punkt zwischen Oder und Dniepr genannt hat, ist in der letzten Zeit in der großartigsten Weise erweitert worden mit einem Kosten-Aufwand von 25 Mill. Silberthaler, wie einst der Kaiser Nicolaus dem General Lamoricière versichert. Diese Festung, welche das immense Material Rußlands für seine eintägigen Operationen gegen den Westen in seinem Innern birgt, liegt wie eine Drohung fast unmittelbar an Deutschlands Grenzen. Modlin, die neugebaute Festung von Warschau und die provisorische Befestigung von Sielock machen die Russen zugleich zu Herren jenes berühmten strategischen Dreiecks zwischen der Weichsel, dem Bug und der Narew, von dem man behauptet, daß es militärisch das Land zwischen Ostree und Karpathen beherrsche. Hierzu kommen die ganz neu angelegten beiden Festungen Zwangoz, an jenem Punkte gebaut, von wo schon einst Karl XII. seine Veranstellungen zum Marsch nach Deutschland traf, und Beszecz-Litewski und die neuerdings erweiterte Festung Jamosc. Dieser umfangreichen Thätigkeit Rußlands gegenüber erscheint die Sorglosigkeit und Langsamkeit in dem Ausbau der preussischen östlichen Grenzfestungen fast unerklärlich, und gerade die gegenwärtigen Zeiten, meine ich, wären so angethan, um zu größerer Eile anzupornen.

Es giebt bei uns gewisse Gesetze, mit denen man niemals scheint fertig werden zu sollen und für die man schon seit Jahrzehnten immer mit den bloßen Vorarbeiten beschäftigt ist, weil die Grundzüge, von denen man ausgehen beabsichtigt, sich mit jedem Ministerwechsel ändern und deshalb immer wieder von Neuem angefangen wird. Zu diesen Gesetzen gehört z. B. neuerdings das Untererichtsgesetz. Herr v. Ladenberg hatte dasselbe bereits ganz fertig zur Vorlage an die Kammer bereit, Herr v. Rauter fange jetzt die Arbeit von vorn an, denn er will die Aufsicht über das ganze Unterrichtswesen möglichst ausschließlich den Verwaltungsbehörden übertragen, so z. B. statt der Provinzial-Schul-Kollegien die Departements-Regierungen substituieren u. s. w., während Herr v. Ladenberg eine Art autokratischer Organisation für das ganze Schulwesen begehrt. Das Gesetz liegt also abermals in weiter Ferne. In ähnlicher Weise wurde einst an dem neuen Strafgesetz-Entwurf seit dem Jahre 1827 gearbeitet, bis er denn nun endlich definitiv zum Abschluß durch die Kammer gebracht ist, und die Vorarbeiten für die Regulierung der Grundsteuer-Verhältnisse ziehen sich gar bereits seit dem Jahre 1810 hin und man ist noch immer eben nur bei den Vorarbeiten.

Es haben heute die Kommissions-Wahlen für das Pressegesetz in der zweiten Kammer stattgefunden. Von den 21 Mitgliedern der Kommission gehören 11 zur Opposition, 10 zur ministeriellen Partei.

[Die Kreuzzeitung] führt fort, gegen den Eintritt Gesamt-Defensions in den deutschen Bund Opposition zu machen. In der jüngsten Nummer heißt es: „Man hat gegen unsere letzten Ausführungen in der deutschen Frage von manchen Seiten den Einwand erhoben: Defensiv-Politik sei schon früher durch sein deutsches Interesse bestimmt worden, und mit dem Eintritt der Gesamtmonarchie in den Bund, werde die Mitwirkung des Bundes diese ganz im deutschen Sinne regulieren. Wir bemerken darauf zunächst, daß wohl Niemandem, der die wirkliche Lage der Dinge mit offenen Augen betrachtet, die Thatsache verborgen geblieben sein kann: wie die österreichische Politik in den letzten Jahren eben eine ganz andere geworden, wie sie mit der Schöpfung des Einheitsstaates ganz andere Ziele und Zwecke verfolgt. Zweitens wird die Regulierung dieser Politik durch den Bund wenig zu bedeuten haben, wo nicht die Diplomatie, sondern die Macht der Ereignisse den Gang der Dinge bestimmt. Veränderungen in Ungarn oder Italien hängen nicht von dem Befinden der Bundespolitik ab. Sie treten mit thatsächlicher Gewalt ein, und der Bund würde eben hineingezogen werden. Endlich dürfte Oesterreich auch bei der Aufnahme seiner gesammten Reichslande in den Bund schwerlich auf sein selbstständiges Recht des Krieges und des Friedens verzichten, und je weniger der Bund sich in der Lage befinden möchte, ihn im entscheidenden Augenblicke dies Recht abzuweisen, um so näher müßte die Gefahr treten, daß auch hieraus fremde Verwicklungen für die übrigen Bundesglieder entstehen könnten.“

Wir hören, daß die preuss. Erwidrerung auf die letzte österreichische Note heute Abend nach Wien abgehen wird.

**Berlin, 26. März.** [Tagesbericht.] Seine Majestät der König sind heute Morgen nach Berlin gekommen und haben im kgl. Schloße einen Vortrag des Herrn Minister-Präsidenten Frhrn. v. Manteuffel entgegen zu nehmen geruht. Einem vielfach verbreiteten Gerüchte gegenüber können wir aus zuverlässiger Quelle erklären, daß der herzoglich braunschweigische Bevollmächtigte, geh. Legationsrath Dr. Liebe, weder direkt noch indirekt bei der Herausgabe der Broschüre „Dresdener Konferenz“ theilhaftig ist.

Die „B. Z.“ bringt folgende wohl sehr der Bestätigung bedürftige Nachricht: Bei den überhäuftesten Geschäften, welche Herrn v. Manteuffel, namentlich auch durch die schwebenden Verhandlungen in der deutschen Frage zur Erledigung obliegen, soll, wie man mehrfach erzählt, Herr v. Manteuffel neuerdings zu dem Gedanken gekommen sein, die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten wieder in andere Hände übergehen zu lassen, um seine gesammte Kraft dem wichtigen Amte des Ministerpräsidenten zu widmen.

Auch das C. B. meldet: Das Gerücht, daß sich Herr von Manteuffel von der Leitung des auswärtigen Ministerii zurückziehen werde, um sich ausschließlich den Geschäften eines Ministerpräsidenten zu unterziehen, erhält sich. So weit und die Verhältnisse bekannt, hat das Gerücht eine innere Wahrscheinlichkeit und liegt wohl schon seit längerer Zeit nicht außer dem Plane des Herrn Ministerpräsidenten. Die Verstärkung des

Kabinetts durch ein neues Mitglied als Minister der auswärtigen Angelegenheiten will jedoch wohl erwogen sein und die Wahl der betreffenden Person hat ihre Schwierigkeit. Graf v. Arnstedt bleibt, trotzdem er zur Zeit noch in Dresden notwendig ist, wohl die wahrscheinlichste und allseitig genehmte Kombination.

Die von den Zollvereinsstaaten für die Londoner Industrie-Ausstellung ernannten Bevollmächtigten werden spätestens in 3 Wochen unter Vorbehalt des geh. Rathes v. Viebahn zu einer gemeinsamen Besprechung in Kassel zusammenkommen. Da auch landwirthschaftliche Ereignisse ausgeklügelt werden, so soll der Inspektor der landwirthschaftlichen Akademie zu „Prossau“ in Schlesien, Herr Settegast, seitens Preussens sich nach London begeben, um über die landwirthschaftlichen Gegenstände Bericht zu erstatten. (Sp. 3.)

Nach einer Eröffnung des Grafen Schwerin in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer hat der Staatsanwalt die Erlaubnis zur gerichtlichen Verfolgung des Abg. Harfort bis jetzt nicht nachgesucht.

In der Kommissions-Sitzung der ersten Kammer vom 21sten d. M. über den Denzin-Beispielischen Antrag auf Abänderungen in der Gemeinde-Ordnung ist seitens des Regierungsverwaltungsraths die Nothwendigkeit einiger Änderungen mit Rücksicht auf die der Regierung von allen Seiten her zugehenden Beschwerden, im Allgemeinen eingeräumt worden. Ob es indessen noch möglich sein wird, eine dahin zielende Vorlage in der jetzigen Kammer-Sitzung einzubringen, steht sehr dahin. Der Abgeordnete Graf von Jegenitz drang auf die Herstellung der Namen „Stadt- und Land-Gemeinden“ im Gesetze, nachdem man nicht umhin gekonnt habe, den Unterschied zwischen Städten und Dörfern im Wesentlichen doch anzuerkennen und im Gesetze selbst festzuhalten. Bei der Abstimmung ward dieser Antrag mit 11 gegen 7 Stimmen angenommen. (C. C.)

Das Hof- und Krönig, Hoheit des Prinzen Wilhelm, Rheims Sr. Majestät des Königs, rechtfertigt leider noch immer große Bedenken. Die Befriedigung des greifen Prinzen zeigt sich bei dem traurigen Anlaß auf das Augenmerk. Die Bärkerkreise wetteifern mit der königl. Familie und dem Hofe an Theilnahme. Heut sprachen Sr. Majestät wiederum selbst bei dem Prinzen vor. Die Tochter des hohen Kranken, die Königin von Bayern wird hier erwartet.

Morgen beginnt in der zweiten Kammer die Beratung des Strafgesetzes. Wenn die Annahme desselben erfolgt ist, so wird mit der Diskussion des Einführungsgesetzes vorgegangen werden.

Herr v. Selchow hat sein Mandat als Abgeordneter zur zweiten Kammer in Folge seiner Beförderung zum Vicepräsidenten der Regierung in Weizel niedergelegt.

Seitens des Präsidii der zweiten Kammer ist dem der ersten der Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für 1851, nach den Beschlüssen der zweiten Kammer zugegangen. (C. B.)

**Breslau, 27. März.** Die Enthüllungen über die Dresdener Konferenzen haben die deutschen Regierungen höchst unansehnlich aus ihren vaterländischbeglückenden Träumen aufgeschreckt und in gewaltigen Alarm gesetzt. Die sächsische Regierung hat das vielbesprochene Schriftchen im unbedachten Eifer kurzweg verboten. Die preussische Pressegesetzgebung, so erfreulich sie auch bereits vorgeschritten ist, gestattet leider einen so kurzen Prozeß noch nicht. Die „Preussische Zeitung“ legt sich daher auf's Schimpfen. Sie weist mit Entzückung die Zuthutung von sich, über das gedachte Pamphlet sich auszusprechen, kann aber doch nicht umhin, durch Andeutungen, wie „unvollständige Veröffentlichung“, „falsche Zusammenstellung falsch verstandener Daten“, die Richtigkeit der Thatsachen, welche sie nicht bestreiten kann, wenigstens in Zweifel zu stellen. Wir immer überseht sie in ihrem Eifer über einen verhältnißmäßig unwichtigen Incidenzpunkt die Hauptsache. Sie klammert sich an die Art der Veröffentlichung, welche nach ihrer Meinung nur durch ein Amtsverbrechen oder einen gemeinen Diebstahl möglich geworden ist, und glaubt durch die Entzückung darüber den Unwillen über die veröffentlichten Thatsachen zurückdrängen zu können. Wir haben den Akt der Veröffentlichung nicht zu verzeihen, halten aber dafür, daß in jedem Falle ein nicht kleiner Theil der begangenen Indiskretion auf diejenige zurückfällt, welche in der Mitte des 19. Jahrhunderts gegen die Natur der Dinge auch die alte diplomatische Geheimniskammer restaurieren zu können glaubten. Uebrigens schwindet aber die Verantwortlichkeit für eine etwaige Indiskretion vor der Verantwortlichkeit derer, welche den hundertmal als berechtigt anerkannten „Forderungen der Nation“ mit solchen Propositionen zu begegnen wagen, wie sie diese Dresdener Konferenzen gemacht haben, in Nichts zusammen. Gegen Thatsachen, wie sie das in Rede stehende Schriftchen unendlich veröffentlicht, kann man nicht mit vagen Verdächtigungen, nicht mit dem unumwundenen Vorwurfe der Unvollständigkeit und perfekten Zusammenstellung zu Felde ziehen. Wenn die mitgetheilten Daten noch unvollständig sind, so wird gewiß Niemand nach der vollständigen Besicherung der Konferenzen verlangen tragen, und wenn die Zusammenstellung derselben perfid ist, so kann jeder Leser die wörtlich abgedruckten und nicht demontirten Stellenstücke sich nach besten Belieben zusammenstellen. Wir glauben nicht, daß durch irgend welche lokale Zusammenstellung derselben Thatsachen ein erfreulicheres Resultat zu erlangen sein dürfte.

## Deutschland.

**Dresden, 25. März.** [Die Konferenzen.] Der königl. preussische Konferenz-Bevollmächtigte, Graf v. Arnstedt, ist von Berlin zurückgekehrt. — Die vierte Kommission der Ministerialkonferenz war auch heute zu einer Sitzung im Brühl'schen Palais versammelt.

Der kaiserl. österreichische Gesandte Hr. Graf v. Kuffstein hat Sr. Maj. dem Könige in einer Partikular-Audienz ein eigenhändiges Schreiben Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich überreicht, welches den Dank Sr. kaiserl. Majestät für die den kaiserlichen Truppen bei Gelegenheit deren Durchmarsches durch Sachsen erwiesene gastliche Aufnahme ausdrückt. (Dresd. Z.)

**Dresden, 26. März.** Dem Vernehmen nach ist gestern das im Entwurfe dem beinaheigen versammelten Landtage vorgelegene und von demselben beratene Pressegesetz von Sr. Majestät dem Könige unterzeichnet worden. — Die zweite Kommission der Ministerialkonferenz ist heute im Brühl'schen Palais versammelt gewesen.

**Weimar, 24. März.** [Die offizielle Weimarsche Zeitung] spricht sich mit Beziehung auf die bei Zeit in Berlin erscheinende Broschüre: „Die Dresdener Konferenzen“, sehr entschieden gegen die dabei vorgelommene Indiskretion aus. Gleichwohl wird hinzugefügt: daß nach der Gesetgebung des Großherzogthums kein Grund vorläge, diese Schrift, welche an sich etwas Straffälliges nicht enthalte, zu verbieten, wie dies von dem königlich sächsischen Ministerium des Innern geschehen.

**\*\* Rassel, 25. März.** [Weitere Verfolgungen.] Es scheint fast, als ob man diejenigen, welche sich bei unserm Kampfe um die Verfassung betheiligen, Abtheilungsweise vernichten wollte. Auf morgen sind vor das Kriegsgericht citirt: der Direktor der Hauptkassakasse, Geheimrath Schotten, einer der ältesten bewährtesten Staatsdiener, Oberfinanzrath Hoen, Steuer-Direktor v. Schmersfeld und die Staatsprokuren

Brauns und Wessbach. — Den bereits in Untersuchung befangenen Oberbürgermeister Hartwig, Bezirksdirektor von Benning und Verwaltungsbeamten v. Ueff wird den 27. d. M. das Urtheil verkündet werden.

**Hannover, 25. März.** [Erste Kammer.] Premierminister v. Münchhausen stellt bei der Beratung über die Gehalte der Mitglieder des Oberappellationsgerichts den Antrag, den gestrigen Beschluß, nach welchem die Gehalte der Vicepräsidenten nicht in der von der Regierung geforderten Höhe bewilligt waren, wieder aufzuheben. Die Debatte, und besonders die Worte des Premier-Ministers über die Folgen der wiederholten Abweisung waren ernst und bedeutungsvoll. Das Resultat war, daß der Antrag des Ministers mit allen gegen 15 Stimmen angenommen wurde. Da die übrigen Beschlüsse der gestrigen Sitzung wiederholt wurden, so sind jetzt die Propositionen der Regierung in dieser Beziehung sämmtlich genehmigt. 1 1/2 Uhr. (Hannov. Bl.)

**Wiesbaden, 23. März.** [Der Zollvereins-Kongress] steht seine Beratungen eifrig fort. Von verschiedenen Seiten wird berichtet, daß im Schoße desselben die verschiedenen Ansichten einer Einigung entgegen gehen und namentlich Sachsen und Württemberg sich den zollvereins-freundlichen Regierungen mehr anschließen.

**Hamburg, 25. März.** [Tagesneuigkeiten.] Ueber die in öffentlichen Blättern schon vielfach abgehandelte brasilianische Expedition ist jetzt ein seltsames Gerücht im Umlauf, daß nämlich dieselbe großentheils nicht nach diesem überseeischen Lande, sondern nach Italien befördert würde, um dort in die Dienste der Krone Sardinien zu treten. Mehrere hochgestellte Offiziere sollen auf Grund dieses Gerüchtes von ihrem Vorhaben, eine höhere militärische Stellung bei diesem Korps zu übernehmen, zurückgefallen sein. Uebrigens werden im Ganzen nur 27 Offiziere angeworben gesucht; eine Zahl, die binnen Kurzem komplett sein wird. Als ein sehr notwendiges Surrogat der nach preussischem Muster eingerichteten Uniform werden jetzt hiesigen leichtere Bekleidungen, leinene Jacken und Pantalons im Auftrage der brasilianischen Regierung für den Sommergebrauch angefertigt; die tuchernen Waffenröcke und Beinkleider, sowie die schweren Püschhauben, in welche die Mannschaften jetzt gekleidet werden, entsprechen eigentlich weder der heißen, noch der feuchten Jahreszeit, in welche sich das Jahr in seinen tropischen Klimaten eintheilt, und wären auch für das Bedürfnis der letzten Jahreszeit wasserfeste Bekleidungen beinahe unentbehrlich. Die Handwerker und Lehrlinge werden an die Geworbenen von dem hiesigen Banquierhaus Salomon Heine ausgezahlt; dasselbe erholt sich an 3 in London befindlichen Generalagenten, die mit der Auszahlung der irdischen Begehungen gleichzeitig beauftragt sind. Von dem hiesigen Rheider Godfrei ist das Segelschiff „Casar“, das über 400 Mann faßt, zum Aufbruch der Ueberfahrt gechartert worden. Das Schiff Hamburg, welches der allgemeinen Meinung nach mit dem ersten Transport schon im Laufe der vorigen Woche abgegangen war, hat seine Leute ausgeschifft und wird erst nach einigen Tagen wirklich in See stechen.

Der Zudrang der Auswanderer aus allen Theilen Deutschlands nach dem hiesigen Hafen ist in diesem Jahre ungewöhnlich groß. Mehrere Rheider haben so zahlreiche Anmelbungen bekommen, daß ihre Schiffsfrachten bis zum Monat Juni hinaus vollständig gedeckt sind. Der sinkende Strom der Auswanderung ist besonders stark aus Pommern und den andern Nord-Provinzen Preussens; sie besteht großentheils aus Kleinbauern und kleinen Gewerbsleuten. Dieser Nahrungszwang war in früheren Jahren von Seiten der Hamburger Kaufmannschaft vernachlässigt worden und der Glor desselben hinter dem anderen Städte zurückgeblieben; seitdem sich aber tüchtige Geldkräfte und Intelligenzen demselben zugewandt, blüht er rasch und kräftig auf und bald dürfte Hamburg im Stande sein, auch auf diesem Gebiet der überseeischen Thätigkeit mit der Schwebelstadt Bremen in ebenbürtige Konkurrenz zu treten.

Am vergangenen Sonnabend ist es zwischen Hamburger Nachwächtern und kaiserlichen Soldaten zu blutigen Konflikten gekommen. Die kaiserlichen machten von ihren Waffen Gebrauch und wollten sich auch bei Dagwischenkunft einer hantseatischen Patrouille nicht fügen; erst dem Einschreiten eines österreichischen Offiziers gelang es, die Kämpfenden zu trennen. Ein Nachwächter, Familienvater, ist an den erhaltenen Wunden bereits gestorben. Obgleich solche Exzesse bis jetzt noch nicht vorgekommen sind, so kann doch im Allgemeinen behauptet werden, daß es den Defensivern nicht, wie dies bei den Preußen der Fall war, gelungen ist, die Gemüther der hiesigen Bevölkerung mit dem geistlichen Zweck und den materiellen Inconvenienzen ihres Aufenthaltes auszugleichen. (C. Z.)

Die sleswisch-holsteinische Armee, wie uns aus Kiel geschrieben wird, hat doch noch am 24. März — dem dritten Jahrestage der sleswisch-holsteinischen Erhebung — zu existiren aufgehört! Es sind zunächst, nachdem das Pensionsgesetz kantonell aufgehoben worden ist, wieder 105 Offiziere entlassen. Es ist, nachdem die Dredre zur Umformung des Jäger-Bataillons des holsteinischen Contingents schon früher gegeben war, nun auch die Verfüzung zur Formation der 3 Bataillone des holsteinischen Contingents emanirt. Zur „provisorischen Vertheilung beim Bundescontingent“ sind die betreffenden Offiziere befristet; außerdem sind „die zur Erledigung der laufenden Geschäfte unbedingt erforderlichen“ einstweilen im Dienst behalten. Die übrigen sind die neuerdings entlassenen. Ansprachen des Kriegsdepartements und des Generalcommandos bringen diese Anzeige zur Kunde des Offizier-Corps. (H. M.)

## Oesterreich.

**\* Wien, 26. März.** Man schreibt uns aus Triest vom 24. März: Sr. Maj. der Kaiser beehrte auch gestern das große Theater, welches festlich beleuchtet war, mit seinem allerhöchsten Besuche in Begleitung Ihrer k. l. Hoheiten der Herren Erzherzoge Ferdinand, Mar und Karl Ferdinand, und wurden von dem zahlreich versammelten Publikum auf das Wärmste empfangen. Heute Morgen besuchte Sr. Maj. in Begleitung Sr. kaiserl. Hoheit des Herrn Erzherzogs Ferdinand Mar und des Herrn Viceadmirals Dajrupp die sämmtlichen k. l. Marineabtheilungen. Später wurden die Bäder, der Lloyd und die Ergebenheitsdeputationen aus Venedig, Capo d'Africa und Pirano im Audienz empfangen. Heute Abend beehren Sr. Maj. das Theater Mauroner mit allerhöchster Ihrer Gegenwart.

[Ueber die gegenwärtige Stellung Frankreichs zu Oesterreich] spricht sich eine Frankfurter Korrespondenz des Wiener ministeriellen „Lloyd“ folgendermaßen aus: „Nicht ohne Grund mag man den ernstesten Widerstand gegen die Aufnahme Oesterreichs in den Bund, von Frankreich erwartet. Ein Konflikt zwischen Oesterreich und Frankreich liegt mehr im Bereiche der Möglichkeit, als einer zwischen Oesterreich und jeder anderen europäischen Macht, und für eine solche Eventualität, zu welcher gewiß nur Frankreich den Anlaß geben würde, dürfte es diesem nicht angenehm sein, in dem Könige der Lombardie mit dem ganzen deutschen Bunde zu thun zu haben. Frankreich dürfte nicht wünschen, daß es dahin käme und sich daher nicht durch die unzulässige Wahrheit beruhigen lassen, daß der Charakter des deutschen Bundes ein lebhaft gesinnter sei, denn die Anerkennung dieser Wahrheit räume dem nicht die Thatsache hinweg, daß mit einem ganz zum Bunde gehörenden Oesterreich nicht so leicht anzubinden sei, als mit Oesterreich in seiner bisherigen staatsrechtlichen Stellung.“

## Frankreich.

**× Paris, 24. März.** [Tagesbericht.] Die Nat.-Versammlung hat heute die Interpellation über die Expedition nach







**Theater-Repertoire.**

**Freitag d. 28. März.** **Rachon, das Leiermädchen.** Operette in 3 Akten, nach einem französischen Baubau von Eug. v. Kögler. Musik von Himmel. — Zum Schluss: **Lebende Bilder**, arrangiert von Herrn Schöner. 1) „Die letzte Nacht“; nach einem Bilde von Philippoteaux. 2) „Der Tanz und die Mittagstunde“; nach den Bildern von Piquet und Bouvier. 3) „Moses im Bande der Mitanter“; nach einem Bilde von Schöner.

**Sonnabend den 29. März.** Zum ersten Male: **Schwarzer Peter.** Schwan in einem Akt von C. A. Bömer. — Personen: Ein Förster, Herr Meyer, eine arme Witwe, im Hause des Försters erzogen, Fräulein, Wilhelm, ein Jäger, Herr Hiltl. — Hierauf, zum 2ten Male, in 2 Akten von Albin. — Zum Schluss: **Der Krummer und die Pickare.** Genrebild mit Gesang und Tanz in einem Aufzuge von Louis Schneider.

Für das zweite diesjährige Theater-Abonnement von wiederum 70 Vorstellungen, welche innerhalb der Monate April, Mai und Juni stattfinden, werden Bona für je 2 Thaler im Werthe von 3 Thalern ausgegeben. — Diese Bona sind im Theater-Bureau zu haben, und können daselbst für die jedesmalige Tages-Vorstellung Morgens von 9 bis 12 und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr umgetauscht werden.

**Verein. 31. III. 6. R. 11.**

Als Verlobte empfehlen sich:  
Herrn Rittergutsbesitzer Charlotte Becker, geb. Zickert.  
Ludwig Gottschling, Apotheker.  
Herrn Brodendorff und Ehepartner bei Goldberg, den 27. März 1851.

Lieben Verwandten und Freunden empfehlen sich als ehelich Verbundene:  
Anna Gedann, geb. Grundmann,  
Julius Gedann, Wundarzt am Hospital zu Allersheim.  
Breslau, den 24. März 1851.

**Entbindungs-Anzeige.**  
Heute früh 8 Uhr wurde meine liebe Frau von einem Mädchen und einem Knaben glücklich entbunden.  
Dr. Kugler, den 21. März 1851.

**Entbindungs-Anzeige.**  
Die glückliche Entbindung meiner innigstgeliebten Frau Rosalie, geborenen Goldschmidt, von einem munteren Knaben, befreit ich mich hiemit allen Verwandten und Freunden anzugeben.  
Neu-Kruppin, den 24. März 1851.  
Michael Goldschmidt.

**Entbindungs-Anzeige.**  
Die am 24. d. Mts. erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Emma, geborenen Kallmeyer, von einem gesunden Knaben, befreit ich mich hiemit allen Verwandten und Bekannten statt besonderer Meldung ergebenst anzugeben.  
Giebberg bei Hirschberg.  
Joh. Andr. Bod.

**Entbindungs-Anzeige.**  
Diesen Morgen nach 6 Uhr wurde meine liebe Frau Marie, geborene Gump, schwer aber glücklich von einem starken, munteren Mädchen entbunden.  
Wittenberg bei Ottmachau, den 28. März 1851.  
Julius Dinter.

**Todes-Anzeige.**  
Heute früh 4 Uhr entfiel uns plötzlich binnen wenigen Stunden der unverwundliche Tod unsern innigstgeliebten ältesten Sohneschen Elise, welches im Alter von 6½ Jahren an Krämpfen, welches wie tief betrübt hat, sehr bedauerliche Meldung Verwandten und Freunden hierdurch anzeigen.  
Breslau, den 27. März 1851.  
Eduard Friede, nebst Frau.

**Todes-Anzeige.**  
Nach eltsässigen schweren Leiden verschied gestern im kaiserlichen Mannesalter von 44½ Jahren, der Kreis-Gerichts-Sekretär Moritz Hahn zu Pankow. Wir verlieren in ihm einen braven Kollegen, dessen biedere Charakter ihn uns unvergesslich macht.  
Reife, den 26. März 1851.  
Die Subaltern-Beamten des kgl. Kreis-Gerichts.

**Todes-Anzeige.**  
Gestern Abend 9½ Uhr entfiel an wiederholten Schlaganfällen und Lungenentzündung der Kath.-Schul-Ärztin und Ältesterin der Klasse Herrmann Biedermann, welches seinen herrlichen Verwandten und zahlreichen Freunden, hat jeder besonderen Meldung, mit der Bitte um stille Theilnahme, hiemit ergebenst anzeigen: Die Hinterbliebenen.  
Peterwieg bei Königszell und Breslau, den 26. März 1851.

**Todes-Anzeige.**  
Heute früh 4½ Uhr starb der Kassirer unseres Vereins, Herr Emil Gottfried Nilsche. Die Verdienste, welche er sich durch langjährige treue Verwaltung seines Amtes um unsere Anstalt erworben hat, sichern ihm unter uns ein bleibendes Andenken.  
Breslau, den 27. März 1851.  
Der Verein für den Unterricht und die Erziehung Taubstummer.  
Ambrosch, Sideri.

**Winter-Verein.**

Sonntag den 30. d. M. **Schluss-Ball.**  
Die Direction.

**Bekanntmachung.**

Das der Räumerei der Stadt Frankenstein gehörige, in dem eine Viertelmeile von der Stadt entfernten Dorfe Döberdorf belegene Gebäude, welches in neuerer Zeit erweitert und verbessert worden, zu dem nicht ganz 2 Morgen Gärten gehören, und in welchem von jeder Schankwirtschaft betrieben worden, soll öffentlich meistbietend verkauft oder auf 6 Jahre vom 1. Juni d. J. ab verpachtet werden. Wir haben zur Abgabe der Gebote einen Termin auf

**Montag den 5. Mai Vorm. 10 Uhr** im rathhauslichen Sitzungszimmer anberaumt, zu welchem wir hiemit einladen, dass das Grundstück jederzeit in Augenschein genommen werden kann, und dass die Verkaufs- und Verpachtungs-Bedingungen sowohl im Termine selbst, als vor demselben im Sekretariat eingesehen werden können.  
Frankenstein, den 24. März 1851.  
Der Gemeinde-Vorstand.

**Bekanntmachung.**

Die auf dem linken Ufer der Grober-Bahe, oder sogenannten Mühlbahe, in dem zum kgl. Domainen-Unteils-Karlsmarkt gehörigen Dorfe Alt-Hammer, Bräuer Kreisel, 2½ Meilen von der Kreisstadt entfernt, belegene 81 D.-Muthen enthaltende Baustelle der im Jahre 1849 bereits abgebrochenen fahrlässigen Bretschneider-Mühle soll nebst der dazu gehörigen Wasserkränze im Wege des Meistgebots verkauft werden. — Zu diesem Behufe haben wir auf

**Donnerstag, den 15. Mai d. J.,** Vormittags 10 Uhr, an Ort und Stelle, resp. auf dem Domainen-Vorwerk zu Alt-Hammer von dem Regierungs-Rath von Massow einen Termin anberaumt. Die Verkaufsbedingungen liegen von heute ab jederzeit in unserer Registratur, so wie in den Kantons- und Karlsmarkt zur Einsicht aus. — Ein Vorzugrecht in Bezugung der Wasserkränze steht der rechts am Mühlwasser befindlichen Getreide-Mühle nicht zu, wohl aber bleibt ein solches der künftigen Wasserkränze für die jedesmalige Dauer der Kränzezeit und soweit es zum Zwecke der Kränzezeit in Anspruch genommen werden muss, vorbehalten.

Kaufleute, welche ausreichende Zahlungsmittel nachzuweisen und eine Bietungs-Kaution bis zu 1/10 ihres Gebots zu stellen vermögen, werden zu dem gedachten Licitations-Termin hierdurch eingeladen.  
Breslau, den 20. März 1851.  
Königliche Regierung.  
Abtheilung für Domänen, Forsten und direkte Steuern.

**Substitutions-Bekanntmachung.**

Zum notwendigen Verlaufe der hieselbst am Neumarkt Nr. 322 belegenen, der verehelichten Parthie v. Loell, Konstantine, geb. Tully, gehörigen, auf 866 Muth. 16 Sgr. 3 Pf. geachteten Bude haben wir einen Termin auf den 28. April 1851, Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtrichter Herrn in unserem Parthei-Zimmer — Untertierstraße Nr. 10 — anberaumt.

Tare und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registratur eingesehen werden. Zu diesem Termine wird der Kassen-Ärztin in Breslau Berg-Unt. Herr Otto Tully, oder dessen Erben hierdurch vorgeladen.  
Breslau, den 28. Dezember 1850.  
Königl. Stadt-Gericht, Abtheilung I.

**Bau-Enteignung.**

Der Neubau eines mit Steinplatten bedeckten massiven 96 Fuß langen Kanals neben der sogenannten Kohlen-Strasse bei der Nähe zu Malsch, auf 275 Thaler veranschlagt, soll im Wege der Licitation an dem Mindestfordernden vergeben werden. Hierzu ist ein Termin auf den 7. April d. J., Vormittags 10 bis 12 Uhr, in dem Gasthause zu den Provinzen in Malsch angesetzt, in welchem auch die Bedingungen und der Aufschlag vorgelegt werden sollen.  
Steinau, den 23. März 1851.  
Der königl. Wasserbau-Inspektor v. Kour.

**Bekanntmachung.**

Die Dominal-Kalkbrennerei Gabersdorf bei Glaz, verkauft die Tonne Kalk 4 preussische Scheffel zu nachstehenden Preisen:  
A. beim Gabersdorfer Feldofen:  
Baukalk, die Tonne incl. Messgeld zu 19 Sgr.  
B. beim Wiesauer Feldofen:  
Baukalk, die Tonne incl. Messgeld zu 18 Sgr.

C. beim Wiesauer Feldofen:  
Baukalk, die Tonne incl. Messgeld zu 15 und 13 Sgr.  
Den Auktionsförmlichkeiten des, die Tonne incl. Messgeld zu 11 Sgr.  
Es ist vorgekommen, dass fremder Kalk unter der Firma des Gabersdorfer Dominalkalkes verkauft worden. Um diesem Unzuge vorzubeugen, werden von nun an die Ladefässer mit dem Kalkbrennereisiegel versehen werden.  
Gabersdorf, den 19. März 1851.

**Die Kalk-Administration.**  
Die auf Montag den 31. März angelegte Auktion von 12 Stück Mastochsen fällt aus, was hiemit angezeigt wird.  
Wallisfurth, den 25. März 1851.  
Das Wirthschafts-Amt.

**Auktion.** Heute Nachm. 2 Uhr in Nr. 42 Breitestr. Auktion der Auktion von neuen und gebrauchten Möbeln, so wie von Handlungsmitteln und einem kostbaren Kasten.  
Mannig, Aukt.-Komm.

**Auktion.** Am 31. d. M., Vorm. 9 Uhr, sollen in Nr. 9 Zuckergasse wegen Oetaveränderung der erhaltenen Holzgänger- und Bagatell-Möbel, wobei ein Aussteich für 12 Personen, veräußert werden.  
Mannig, Aukt.-Komm.

**Auktion eines Fügels.**  
Heute den 28. März, Mittags 12 Uhr, werde ich im alten Rathhause, 1 Treppe hoch, einen **Fügel von Kirchbaumholz** öffentlich veräußern.  
Zaul, Aukt.-Komm.

**Bücher-Auktion.**  
Montag, den 31. d. Mts., Nachmittags von 3 Uhr ab, sollen Ring Nr. 60, 2 Treppen hoch, mediz. Bücher, sowie verschiedene Werke in latein., griech., franz. und engl. Sprache öffentlich veräußert werden.  
Zaul, Auktions-Kommissarius.

**Möbel-Auktion.**  
Dienstags den 1. April, Vormittags von 9 Uhr ab, sollen Ring Nr. 60, zwei Treppen hoch, verschiedene Möbel und einige Tischwäse öffentlich veräußert werden.  
Zaul, Auktions-Kommissarius.

**Freitag den 28. März** wird an der Kunstbau-Handwerks-Schule in dem ehemaligen Sanitäts-Haus, von 8 bis 12 Uhr, eine Ausstellung der gefertigten Arbeiten und von 2 bis 5 Uhr eine öffentliche Prüfung stattfinden, wozu die Ehre der Anstalt ganz ergebenst eingeladen werden.

Zu diesem Winter-Cursus haben in beiden Abtheilungen 106 und in den Sonntagsstunden 31, zusammen 137 Schüler am Unterricht Theil genommen.  
Breslau, den 22. März 1851.  
Direktor Gebauer.

**Eine Gutspacht**

von circa 1100 Morg. sehr gutem Boden, mit züchtigen Wiesen, im besten Zustande, ganz nahe an einer Kreisstadt in Schlesien gelegen, mit Brennerie und Ziegelei, ist eingetretener Verhältnisse halber sofort oder zu einem späteren vortheilhaften Bedingungen zu übernehmen.  
Das Nähere Breslau Untertierstr. 24, 1 Treppe oben Nachmittags von 2-3 Uhr.

**Nachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.**

Folgendes sind die Resultate der in der öffentlichen General-Versammlung vom 17. März d. J. abgelegten Rechnung des Jahres 1850.

Grundkapital	3,000,000 Thaler.
Gesamte Reserven	1,629,772 "
Einfährige Prämie	927,222 "
Zinsen-Einnahme	104,381 "
	1,031,603 "

Versicherungen in Kraft während des Jahres 503,972,611 "  
Die ausführlichen Abschlüsse sind bei dem Unterzeichneten und allen Agenten der Gesellschaft einzusehen.  
Breslau, am 27. März 1851. F. Klocke.

**Empfehlenswerthes Andachtsbuch für die heil. Fastenzeit.**  
Alexius Majinell's

**heilige Charwoche,**  
wie sie in der katholischen Kirche gefeiert wird.  
Sammt der Erklärung der von ihr angeordneten Ceremonien und verschiednen Andachtsübungen.  
Dritte Auflage. Mit 1 Stahlstich und 14 Abbildungen des heil. Kreuzweges.  
Duodez-Format. Maschinenpapier. Preis 18 Sgr.  
Verlag der Wagner'schen Buchhandlung.  
In Breslau vorrätig bei Graf, Barth u. Comp., Untertierstraße Nr. 20.  
In Leipzig erscheint vom 1. April ab:

**Illustrirter Dorfbarbier.**  
Ein humoristisch-politisches Blatt für gemüthliche Leute, von Ferdinand Stolle. Der alte in Stadt und Land wohlbekannte hiesige Dorfbarbier, der, was in der politischen Welt vorgeht, auf so verständliche und dabei so gemüthliche und lustige Weise zu erzählen weiß, hat sich neuerdings einen andern Wohnort gesucht, wo er seine Kunst weiter ausüben kann, und wird vom 1. April ab seine politischen Unterhaltungen mit dem General von Pulverrauch ganz in derselben harmlosen Weise wie früher, in Leipzig fortsetzen, damit aber das Geschäft mit doppelten Kräften betrieben werden kann, hat er sich noch 2 Gehäusen: Nudelmüller und Sommerlatte angenommen, welche die brennenden Fragen der Gegenwart verhandeln werden; außerdem aber wird er besonders die Lachmuskeln seiner Kundenschaft in Bewegung setzen durch die

**Komischen Illustrationen und Zeitbilder,**  
worin alle Erscheinungen und Ereignisse der Gegenwart in wahrhaft humoristischer Weise durch schlagende Bilder vorgeführt werden.  
Der Pränumerationspreis bleibt trotz alledem nur 7½ Sgr. pro Quartal, und nehmen alle Buchhandlungen und Postämter (welche auch Probenummern unentgeltlich liefern) Bestellungen an.  
Alle Freunde des Dorfbarbiere ersuchen wir zur Vermeidung jedes Irrthums bei etwaigen Bestellungen ausdrücklich

**Illustrirter Dorfbarbier in Leipzig**  
Expedition des Illustrirten Dorfbarbiere.  
Das Portrait des verstorbenen Dr. Hermann Cohnsberg in gelber Lithographie ist so eben vollendet und für seine Freunde, Verwandte und Bekannte zu 1 Rthlr. zu haben bei  
O. B. Schuhmann, Buch- und Kunsthandlung, Ohlauer Strasse Nr. 4.

**Wandelt's Institut für Pianofortespiel,**  
im Einhorn am Neumarkt eröffnet den 1. April und 1. Mai neue Kurse.

**1851er**  
**Emser Krähnen und Kesselbrunnen**  
empfang die erste Sendung  
F. W. Scheurich,  
Neue Schweidnitzer Straße Nr. 7.

Wir beehren uns hiermit anzuzeigen, dass in unserer am hiesigen Plage: „Salzgasse Nr. 3“ errichteten Anstalt: „Zur Bereitung künstlicher Mineralwässer“ nachstehend verzeichnete Wässer stets frisch bereit in Glasflaschen vorrätig gehalten werden:

Adelheidsquelle,  
Kissingen Nagoczi,  
Homburger Eisquelle,  
Pyramiden Hauptbrunnen,  
Wildunger,  
Vichy grande grille,  
Emser Krähnen,  
Emser Kesselbrunnen,  
Karlsbader Mühlenbrunnen,  
Karlsbader Neubrunnen,  
Spaeder Poulton,  
Kreuznacher Eisabetequelle,  
Marienbader Kreuzbrunnen,  
Marienbader Ferdinandsbrunnen,  
Befüllungen nach auswärts werden auf das Prompteste effectuirt, Emballage zum Kosten-Preise berechnet und zu festgesetzten Preisen wieder angenommen.  
Breslau, den 27. März 1851.  
Dr. Struve u. Soltau, Salzgasse Nr. 3.

**Schnellmalerei. Anmeldung bis 30. März 12½ Uhr**  
In 4 Stunden für 1 Thlr. 15 Sgr. Vorauszahlung können Erwachsene oder Kinder (auch ohne Zeichnungsbegriffe) erlernen: auf Papier, Seide, Holz u. im brillantesten Farbenplein zu malen. In letzter Zeit wurden von Herren und Damen in einigen Nachstunden schon lebhafteste Entzückungen gemalt oder in sanfter Nüchternheit hergeleitet. Kinder zeigten schon zu Hause gemalte vor. Obige Kunst ist gewiss nützlich und interessant, sowohl für Erwachsene als Kinder. Anstalt der Gemälde von 12½ bis 12½ Uhr. Entree-Karten sind fast zu jeder Stunde zu haben.  
Jaegermann und Frau, Albrechts-Strasse 24, 1 Treppe hoch rechts.

**Nechten peruanischen Guano,**  
von Sendung des Oekonomieraths Geier in Eschwege bei Dresden, empfiehlt:  
Ferd. Nehm, Ritterplatz Nr. 1.

**Neue französische Hüte**  
(wasserdicht, mit unvertilgbarem Glanze)  
1ste Qualität 4 Thlr., 2te Qualität 3 Thlr., 3te Qualität 2 Thlr. 10 Sgr., empfehlen:  
Gebr. Hulsbinksky,  
Schweidnitzer Straße Nr. 5, im goldenen Löwen.

**Stockgasse Nr. 10**  
werden sortirte und unsortirte Hader, altes Papier, Buchbinderhahne und Maculatur, Guss-, Schmied- und Schmiede-Eisen, weisses, grünes und rothes Glas, Knochen, Horn- und Lederabfälle, Schweinswolle, Kupfer, Messing, Zinn, Blei, leere Flaschen, sowohl in kleinen als in großen Quantitäten u. gekauft, und die höchsten Preise dafür bezahlt.  
Albert Hahn.

**Zeugnis.**  
Meine Frau ist im Herbst 1850 an sehr heftigen, rheumatischen Gelenkschmerzen, welche ihr sogar allen Schlaf raubten. Nach vergeblichem Gebrauch verschiedener Mittel, legte sie eine Goldberger'sche gelb. elect. Kette an, wodurch sich das Uebel nicht nur fast augenblicklich linderte, sondern auch in einigen Tagen ganz verlor, und bis jetzt nicht wiedergekehrt ist. Dies bezeuge ich gern der Wahrheit gemäß.  
Breslau, den 22. Februar 1851.  
Rebateur Gustav Roland.

**Braunsdorf. Wurst, Speckbucklinge, Hermann Straß,**  
empfang so eben:  
Dorotheen- und Untertierstr. Ecke Nr. 33.

**Speck-Bucklinge,**  
geräucherter Silber-Bads, Speck-Wurst, sind wieder angekommen bei:  
Flemming, Fischhändler auf dem Burgfeld.

**Kleesaamen,**  
rothen und weissen, dergleichen Abgänge, Zimoische und Saat-Erbien, offerirt billigt:  
J. R. Feldmann,  
Comptoir Wänterstraße Nr. 32.

**Emmenthaler Schweizertäse**  
empfang:  
Robert Hoyer,  
Breite Straße Nr. 40.

**Weiß-Garten.**

Heute Freitag, den 28. März:  
**Ites Abonnements-Konzert**  
der Springen Kapelle, unter der Haupt-Direction des kgl. Musik-Directors Hrn. Schön.  
Zur Ausführung kommt unter Anderem:  
Ouverture, Op. 12, „Die Zaubersche“ v. Mozart.  
Potpourri für Viola (Bratsche), von Hummel.  
2. Sinfonie (D moll) von E. Svobd.  
Anfang 5 Uhr, Ende nach 9 Uhr.  
Entree für Nicht-Abonnenten, für Herren 5 Sgr., für Damen 2½ Sgr.

**Café restaurant.**

**Abonnement-Konzert** der Philharmonie, unter Direction des Herrn Johann Gschel.  
Zur Ausführung kommt: Sinfonie (A-dur) von Beethoven. Entree à Person 5 Sgr.

**Obstwildlinge-Berkauf**

von jeder Art und Größe, einjährige à Schock 2 Sgr., zwei-jährige à Schock 7½ Sgr., vier-jährige à Schock 15 Sgr., Quitten ein- und zwei-jährig à Schock 5 Sgr., Johannis-holz à Schock 1 Thlr. 10 Sgr.  
Zweigschmitten, Äpfel u. Birnen aus Johannis-holz und Quitten veredelt à Stück 4 Sgr., Pfirsichen veredelt à Stück 5 Sgr., wilde à Stück 2½ Sgr., Mutterstöcke von Quitten à Stück 2½ Sgr., von Johannis-holz à Stück 10 Sgr.  
Kreutzau bei Mählsberg.  
C. Peifer, Baumzüchter.

**Versions-Anzeige.**  
Zwei auch drei Knaben (mosaischen Glaubens), welche eine der hiesigen Schulen besuchen wollen, können bei einer achtbaren Familie unter recht billigen Bedingungen Aufnahme finden. Wahrheit letzterlei Bezeugung ist so wie Nachweise in den Schularchiven bis zu den höheren Gymnasial-Klassen werden zugesichert. Das Nähere ist zu erfragen beim Kaufmann Herrn A. Winkler, Köhmarkt Nr. 6.  
Breslau, den 26. März 1851.

Eine Dame, welche gründlich französische Grammatik und Conversations-Stunde ertheilt, wünscht vom 1. April ab Kinder außer dem Hause zu unterrichten. Zu erfragen Antonien-Strasse Nr. 19.

Es wünscht eine Dame an der Verwaltung eines Mädchen-Pensions- und Erziehungs-Institutes sich betheiligen zu können. Vortheile solcher Thätigkeit, denen eine derartige Hilfe und Theilnahme wünschenswerth ist, würden auf eingehende Briefe unter Adresse F. L. posto restante Steinau a. D. Näheres erfahren.

**Joseph Hoffmann,**  
Dach- und Schieferdeckermeister in Breslau, wohnhaft auf der Heiligegeiststraße Nr. 1, empfiehlt sich zur Bedachung der Dächer mit Schiefer, Schuppen, Zinkblech und Dachziegeln jeder Art auf Häusern, Kirchen und Thürmen; auch wird das Aufstehen der Häuser, das Ausflauen und Weissen in Kirchen mit Beisehr, und verpicht bei soliden Preisen gute und dauerhafte Arbeit.

Ein junger Mann mit besten Zeugnissen versehen, wünscht zu hiesigen eine Stellung als Buchhalter oder Revisor. Näheres unter M. K. posto restante Breslau franco.

Ein Bad-Diener und eine Bad-Dienerin finden Unterkommen in der Badeanstalt an der Matthiauskunst.

**Zu Ausstattungen**  
empfehle ich zur gütigen Beachtung mein Wein- und Tischzeug-Lager.  
Moritz Hauser,  
Lauenzien-Platz Nr. 4.

**Freie Zerfische:**  
Kabeljau,  
Silber-Lachs,  
Schellfisch  
bei  
Gustav Rösner,  
Fischmarkt Nr. 1.

**Natives-Lustern**  
bei Ernst Wendt u. Cp.

**Frische Bücklinge**  
und Spickale  
sind wieder angekommen bei  
Carl Straß,  
Albrechtsstraße 39, der königl. Bank gegenüber.

Ein Kirchbaum-Schreibetisch steht zum Verkauf zu Pöpelitz Nr. 34, dicht am schwarzen Bär, bei C. Richter, Tischlermeister.

**Ausverkaufs-Anzeige!**  
Die von der gestern abgehaltenen Auktion übrig gebliebenen Waaren, bestehend in weissen Porzellan, Kleidern, Büfings, Westen und Handschuhen, sollen bis zum 31. d. M. gegen baare Zahlung verkauft werden: Kupfer-Schmiede-straße 43, im gelben. Stück, 1 Treppe hoch, rechts.

**Börsenberichte.**

**Breslau, 27. März. (Zwisch.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dutaten 95½, Dr. Kallender Dutaten —, Niederländ. 113½, Dr. Louisd'or 108½, Polnische Courant 93½, Dr. Österreichische Banknoten 78½, Dr. Schenklungs-Premien-Scheine 129, Dr. Preussische preuss. Anleihe 105½, Dr. Neue Staats-Anleihe 4½, 100% Dr. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthl. 3½, Dr. Breslauer Stadt-Obligat. 4½, 99 Dr. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4½, 101½, Dr. neue 3½, 91½, Dr. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthl. 3½, 95½, Dr. neue Schlesische Pfandbriefe 4½, 102½, Dr. Lit. 4½, 101½, Dr. 3½, 91½, Dr. Alte polnische Pfandbriefe 93½, Dr. neue 103½, Dr. Polnische Staats-Obligat. 80½, Dr. Polnische Anleihe 1835 à 500 fl. 82, Dr. Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitzer-Frankfurt 4½, 75½, Dr. Priorität 4½, Dr. Oberschlesische Lit. A. 117½, Dr. Lit. B. 110, Dr. Krakau-Oberschlesische 75, Dr. Schlesische Lit. 83½, Dr. Priorität 104, Dr. Serie III. 103½, Dr. Reife-Präger 42½, Dr. Köln-Mindener —, Priorität 104, Dr. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 39, Dr. Westfäl. Lit. 100, Dr. Amsterd. 2 Monat 141½, Dr. Berlin 2 Monat 99½, Dr. 1. Sicht 100, Dr. Hamburg 2 Monat 149½, Dr. 1. Sicht 150½, Dr. London 3 Monat 6.20, Dr. Paris 2 Monat 80, Dr. 2 Monat 80, Dr.

**Breslau, 27. März.** Heute waren vorzugsweise Köln-Mindener und Hamburger Eisenbahn-Aktien zu höheren Coursen gefragt, auf die meisten übrigen belicht und höher; Bonds unverändert. Anhalt-Deutscher Bank-Aktien 145½, geboten.

**Elisenbahn.** Aktien. Köln-Mindener 3½, 101½, 103 bez. und Dr., priorität 5½, 103½, Dr. Krakau-Oberschlesische 4½, 75, Dr. 74½, Dr. Priorität 4½, 86½, Dr. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4½, 38½, 4½, Dr. Priorität 5½, 97½, Dr. Niederschlesische 3½, 84 bez., Priorität 4½, 95½, bez., Priorität 5½, 103½, bez., Dr. Oberschlesische Lit. A. 3½, 117 bez., Lit. B. 3½, 109 bez. und Dr. Schlesische Lit. A. 3½, 117 bez., Lit. B. 3½, 109 bez. und Dr. Staats-Anleihe von 1850 à 500 fl. 101½, Dr. Staats-Schuld-Scheine 3½, 85½, bez., Schenklungs-Premien-Scheine 130, Dr. Polener Pfandbriefe 4½, —, 3½, 91½, Dr. Preussische Bank-Anleihe 96½, bez. und Dr. Polnische Pfandbriefe alte 4½, 94½, Dr. neue 4½, 94, Dr. Polnische Pfandbriefe à 500 fl. 82 bez., à 300 fl. 144 Dr.

**Reife.** Wo logirt man hier gut und preiswürdig? Aufseher: In **König's Hotel garni**, Albrechtsstraße Nr. 33.

**Freuden-Platz von Bettlitz Hotel.**  
Kaufm. Herbst aus Dresden. Dr. Behn aus Gabel. Rent. v. Plessen aus Reife. Eigenthümer Policarpoff aus Petersburg. Offizier Graf v. Scherr-Dog a. Wien kommend. Km. Zacharius aus Berlin.

**Markt-Preise.**  
Breslau am 27. März 1851.  
feinst, feine, mitt., ordin. Waare

Weisser Weizen	56	54	51	47	Sgr.
Gelber dito	54½	52½	50	47	
Roggen	43	40	38	37	
Gerste	31	29	28	27	
Hafer	26½	25	24	23	
Erbsen	52	48	45	43	
Rothe Kleeblatt	—	11¼	10¼	7-9	Rthl.
Weisse Kleeblatt	—	10¼	9¼	6-8	Rthl.
Spiritus	6¼	Rthl.	6¼	Rthl.	

**Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.**  
Breslau, 27. März. Rüböl in loco à 10% Rthl. käuflich, Lieferung ohne Handel.  
Zucker. Melis indisch 17½-17½, Raffinad 18-18½, Rthl.; Rüböl-Zucker, weisser Karlin 14½-15 Rthl., was unter diesen Notierungen vorkommt, wird schnell genommen. Melis 16½-17, gekochene Melis 15½, ½, dergl. Compens 14½-15, gelber Karlin 12-13 Rthl. in div. Gattungen.

26 u. 27. März Abd. 10½, 11½, 12½, 13½, 14½, 15½, 16½, 17½, 18½, 19½, 20½, 21½, 22½, 23½, 24½, 25½, 26½, 27½, 28½, 29½, 30½, 31½, 32½, 33½, 34½, 35½, 36½, 37½, 38½, 39½, 40½, 41½, 42½, 43½, 44½, 45½, 46½, 47½, 48½, 49½, 50½, 51½, 52½, 53½, 54½, 55½, 56½, 57½, 58½, 59½, 60½, 61½, 62½, 63½, 64½, 65½, 66½, 67½, 68½, 69½, 70½, 71½, 72½, 73½, 74½, 75½, 76½, 77½, 78½, 79½, 80½, 81½, 82½, 83½, 84½, 85½, 86½, 87½, 88½, 89½, 90½, 91½, 92½, 93½, 94½, 95½, 96½, 97½, 98½, 99½, 100½, 101½, 102½, 103½, 104½, 105½, 106½, 107½, 108½, 109½, 110½, 111½, 112½, 113½, 114½, 115½, 116½, 117½, 118½, 119½, 120½, 121½, 122½, 123½, 124½, 125½, 126½, 127½, 128½, 129½, 130½, 131½, 132½, 133½, 134½, 135½, 136½, 137½, 138½, 139½, 140½, 141½, 142½, 143½, 144½, 145½, 146½, 147½, 148½, 149½, 150½, 151½, 152½, 153½, 154½, 155½, 156½, 157½, 158½, 159½, 160½, 161½, 162½, 163½, 164½, 165½, 166½, 167½, 168½, 169½, 170½